

Anfrage

öffentlich

Datum

21.06.2006

Nummer

F0129/06

Absender

Andy Knappe

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Sitzungstermin

Jugend im Stadtrat

10.06.06

Kurztitel

Privatisierung von Stadteigentum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ohne Zweifel ist die Entmachtung des Staates, durch Privatisierung von Staatseigentum, einer der vielen dunklen Seiten des globalen Wahnsinns. Wir denken das es nicht richtig ist, die Zukunft der absoluten Globalisierung und Privatisierung auszusetzen. Wir können den Weg der Privatisierung nicht als Lösung betrachten, auch wenn oftmals der Stadthaushalt sich auf diesem Wege von den Schulden befreit. Jedoch darf man nicht so naiv und blind sein und den daraus resultierenden Zustand als Erfolg werten, auch wenn es seitens der Politik Versprechungen gibt, künftig keine Schulden mehr zu machen, kann man diese so ernst nehmen, wie viele Politik-Versprechungen. Denn es ist ja so, das laufende Einkünfte nicht ausreichen werden, allen Verpflichtungen nachzukommen, da künftig dem Staat bzw. der Stadt jährliche Einnahmen fehlen, wo immer auch privatisiert wird, sei es in der Stromversorgung, der Infrastruktur oder eben in dem Miet und Wohnwesen.

Wir fragen an:

Wurde das Straßennetz der Magdeburger Verkehrs Betriebe privatisiert?

Wenn dem so ist, wie hoch war der dadurch erzielte Erlös und für welche Zwecke wurde dieser verwandt?

Können Sie sich vergleichbare Schritte vorstellen, um Finanzlöcher zu stopfen? Was würden Sie in einem solchen Fall in betracht ziehen?

Können wir anhand des Beispiels in Dresden davon ausgehen, das Wohnviertel in Magdeburg an ausländische Investoren werden?

Können Sie Herr Oberbürgermeister nachvollziehen, das deutsche Steuerzahler, die den „Aufbau Ost“ bzw. den Aufbau in Mitteldeutschland mit ihren Soli-Zuschlägen finanzieren, zu Recht aufgebracht sind, wenn staatlich geförderte Wohnungsbaugesellschaften privatisiert werden und somit ein entscheidender Geldfluss durch Mieteinnahmen nicht mehr dem Stadthaushalt zu gute kommen, sondern dem Investor? Beispiel Dresden!

Seit Jahrzehnten gaben und geben wechselnde Politiker und Minister Millionenbeiträge für Beraterverträge aus, um externen Sachverstand für alle möglichen Entscheidungen einzuholen. Trifft dies auch auf die Stadtväter unserer Stadt zu?

Bedient sich die Stadt Magdeburg des Derivat Handel, um ihren Haushalt zu sanieren? Und wenn ja in welchem Umfang geschieht dies?

Wie man Pressemeldungen entnehmen konnte, finanziert die BRD die Wahlen im Kon go mit einer Geldsumme in Höhe von 11 Millionen Euro oder finanziert U-Boote für den Staat Israel in Höhe von 330 Millionen Euro. Des Weiteren debattiert das Land Sachsen-Anhalt über den Bau eines Parkhaus für die Landtagsabgeordneten in Millionenhöhe. Wäre es Ihrer Meinung nach effektiv, solche Zahlungen in Zukunft zu stoppen und diese Bund, Ländern und Kommunen für sinnvollere Angelegenheiten (z.B. der Familienförderung oder der Bildung) zu gute zu führen ?